

„Frauenhäuser haben keine starke Lobby“

Grüne für Finanzierung durch den Bund

■ Von Elmar Otto

Erfurt. Die Frau ist von ihrem Mann in der gemeinsamen Wohnung geschlagen worden, sie ist in höchster Not, weiß nicht, wohin. Sie wählt die Nummer des Frauenhauses.

Nicht selten passieren diese gewalttätigen Übergriffe häuslicher Gewalt in den Abendstunden, und oftmals sind die Mitarbeiterinnen des Frauenhauses nach einem anstrengenden Arbeitstag dann bereits zu Hause – aber dank Handy eben doch in ständiger Bereitschaft.

Es ist ein Job, der eine hohe Flexibilität und Belastbarkeit voraussetzt und der noch weit mehr beinhaltet, als ein besonders ausgeprägtes Einfühlungsvermögen. Die bestens qualifizierten und in der Regel studierten Frauenhausmitarbeiterinnen müssen sich um das Putzen ebenso wie die Wäsche, die Budgetverwaltung oder Schulungen und Beratungen kümmern.

„Frauenhäuser funktionieren wie ein kleines Unternehmen“, sagt Marjana Dunkel. Die Diplom-Sozialpädagogin muss es wissen, sie arbeitet im Frauenhaus der evangelischen Stadtmission in Erfurt. Doch während die finanzielle und personelle Situation in der Landeshauptstadt vergleichsweise gut ist, sich die fünf Mitarbeiterinnen um 24 Plätze beziehungsweise elf Zimmer zu kümmern haben, sind aus ländlichen Regionen wie Greiz oder Leinefelde Klagen zu hören. Auch im Ilmkreis waren die acht Plätze für die drei Teilzeitkräfte irgendwann nicht mehr zu schaffen. „Nach einer Woche Bereitschaft braucht man auch einen gewissen Abstand“, berichtet Dunkel aus eigener Erfahrung. Inzwischen werden die Frauen in Not aus Südhüringen von Erfurt aus mitbetreut.

Doch obwohl der Beruf in den Frauenhäusern die Beschäftigten dort immer wieder an ihre Grenzen bringt, hält sich die Vergütung aus der Sicht der bündnisgrünen Landtagsabgeordneten Astrid Rothe-Beinlich

sehr in Grenzen. Ein Grund dafür: „Frauenhäuser haben im Ministerium keine oder zumindest keine starke Lobby“, sagt sie im TLZ-Gespräch. Einerseits würden hohe fachliche Standards gesetzt, andererseits stelle sich das Land bei der Bezahlung aus der Verantwortung.

Sozialministerin Heike Taubert (SPD) hält dagegen, die Obergrenze sei auf Grund der Tarifsteigerungen bereits auf 49 900 Euro erhöht worden. Zusätzlich für die Eingruppierung der Frauenhausmitarbeiterinnen seien aber die jeweiligen Träger – also Kommunen, Kirchen oder Sozialverbände.

Rothe-Beinlich will sich mit dieser Antwort nicht abfinden. Zumal die aktuellsten Zahlen aus dem Ministerium besagen, dass es einen ganz offensichtlichen Bedarf gibt, was gut an der Zahl der Beratungen abzulesen ist (siehe Tabelle unten). Zudem haben 2012 insgesamt 159 Bewohnerinnen bis zu einer Woche in Frauenhäusern und Frauenschutzwohnungen verbracht, bis zu einem Monat suchten 112 Frauen Unterschlupf, 117 sogar bis zu drei Monate. Und nicht selten verlängerte sich der Aufenthalt auf sechs Monate (42 Frauen) oder gar ein ganzes Jahr (10 Frauen).

„Das Thema häusliche Gewalt ist ein über Jahre gleichbleibendes Phänomen, mit einer hohen Dunkelziffer“, sagt Sozialpädagogin Dunkel. In der Logik des Ministeriums sind trotz der Reduzierung der Frauenhäuser, aber ausreichend Anlaufstellen vorhanden. „Derzeit gibt es in Thüringen in elf Landkreisen und kreisfreien Städten Frauenschutzrichtungen mit insgesamt 174 Betreuungsplätzen“, so Taubert.

Für Rothe-Beinlich steht fest, dass Frauenhäuser künftig als Pflichtaufgaben durch den Bund finanziert werden sollten. Dass dies in absehbarer Zeit geschieht, ist aber eher unwahrscheinlich. Derzeit seien „keine Mehrheiten für eine bundeseinheitliche Regelung“ zu erwarten, lässt Taubert wissen.

Fallzahlen für ambulante Beratung 2012

Name des Frauenhauses	Beratung insges.	Beratung ohne FH-Aufenthalt		Beratung mit FH-Aufenthalt	
		telefon.	persönl.	telefon.	persönl.
Altenburg	219	32	87	38	62
Apolda	529	110	388	0	31
Bad Langensalza	520	90	304	11	115
Eisenach	774	215	227	41	291
Erfurt	501	182	244	0	75
Gera	581	130	295	43	113
Gotha	302	172	34	67	29
Greiz	281	61	32	63	125
Ilmkreis	99	58	27	4	10
Jena	554	87	373	25	69
Leinefelde	109	0	34	0	75
Meiningen	208	30	72	11	95
Rudolstadt	904	85	542	14	263
Sondershausen	880	516	292	24	48
Sonneberg	191	32	41	46	72
Weimar	1835	1248	327	48	212

Richter droht mit Ordnungshaft

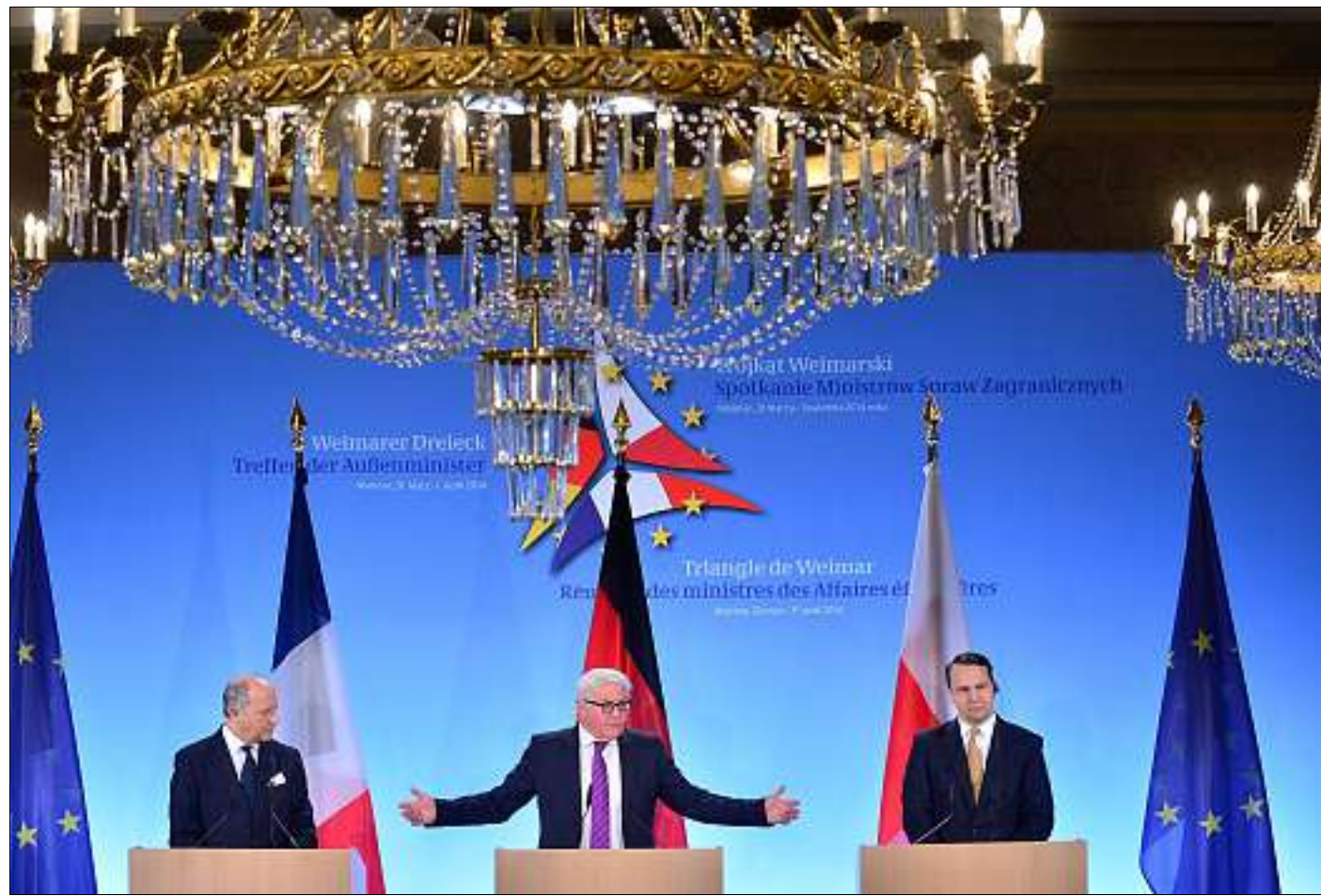
Der unwillige Zeuge wirkte nach kurzer Bedenkzeit wie ausgewechselt

■ Von Kai Mudra

München/Jena. „Wenn Sie sich weigern auszusagen, wird man Ordnungsmittel in Betracht ziehen.“ Zum ersten Mal im NSU-Prozess drohte am 100. Verhandlungstag Richter Manfred Götzl einem Zeugen mit „Ordnungsgeld“ oder sogar „Ordnungshaft“. „Lassen Sie sich das durch den Kopf gehen“, ermahnte der Richter den 44-jährigen, der in T-Shirt und Latzhose vor ihm auf dem Zeugenplatz saß. Thomas R., ein Mann mit Glatze, Bart, Brille – und Tattoo in seinem Stiermücken – bekam zehn Minuten Bedenkzeit.

Verfahren bereits beendet ist. Das Gericht unterbrach erneut die Verhandlung. Eine Nachfrage bei der Staatsanwaltschaft in Dresden ergab, dass ein solches Verfahren 2010 eingestellt wurde. Da die Auskunft aber nur per Telefon erfolgte, beendet Götzl die Befragung des Ausbaumaurers und kündigte ihm an, dass er erneut geladen wird.

Thomas R. soll Uwe Mundlos, Beate Zschäpe und Uwe Böhnhardt nach deren Flucht aus Jena, Ende Januar 1998, etwa zwei Wochen in seiner Wohnung untergebracht haben. Sein gestriges Auftreten im Schwurgerichtssaal A101 kann nur als dreist beschrieben werden. Was er beruflich mache, wollte Götzl zu Beginn der Befragung wissen. „Nix“, folgte als Antwort. Ob er Kontakt zu Mundlos, Zschäpe und Böhnhardt gehabt habe, „Ir-



Bewährungsprobe in der Krise: Die Außenminister Laurent Fabius (Frankreich, links), Frank-Walter Steinmeier (Deutschland, Mitte) und Radek Sikorski (Polen) bekräftigten im Weimarer Stadtschloss ihre Zusammenarbeit. Foto: dpa

Das Weimarer Dreieck bewährt sich in der Krise

Steinmeier warnt vor einer „Spirale der Eskalation“ – Ukraine nicht in die Nato

■ Von Hartmut Kaczmarek

Weimar. Die drei nennen sich mittlerweile bei ihren Vornamen: Frank-Walter, Laurent und Radek. Die Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens haben am 20. Februar in Kiew gemeinsam das Blutvergießen beendet, wenn der von ihnen ausgehandelte Vertrag auch nur wenige Tage hielt. Seither sehen sie sich häufig, bei diversen Krisentreffen, am Wochenanfang in Weimar, dann bei der Nato in Brüssel, demnächst wieder im Kreis der EU-Außenminister.

Das Weimarer Dreieck, 1991 in der Klassikerstadt von den damaligen Außenministern Genscher, Skubiszewski und Dumas ins Leben gerufen, hat in der gegenwärtigen außenpolitischen Krise um die Krim erheblich an Bedeutung gewonnen. Hier werden die Weichen gestellt – in Weimar für die Krisen- diplomatie der nächsten Tage. Denn im Eiltempo ging es für die Außenminister von Weimar aus nach Brüssel, wo die Nato auf eine angemessene Antwort auf die osteuropäischen Wünsche nach mehr Sicherheit rang.

Diplomatie in Zeiten der Krim-Krise: Es ist eine Fahrt auf Sicht, bei der man sich nur an einigen wenigen Leitplanken orientieren kann. Und die bekräftigten die Außenminister Steinmeier, Fabius und Sikorski bei ihrer Zusammenkunft in Weimar noch einmal: Kooperation in Europa ist wichtig, eine neue Spaltung des Kontinents soll verhindert werden, eine Spi-

rale der Eskalation darf es nicht geben, wobei gleichzeitig die osteuropäischen Nato-Länder sich der Solidarität und des Bündnis-Schutzes sicher sein sollen. In diesem Spannungsfeld bewegen sich die drei Außenminister bei ihren Gesprächen in Weimar.

Die schwierigste Frage wird den Drei bei einer Pressekonferenz gleich von einem polnischen Journalisten gestellt: Wann kehrt die Krim zur Ukraine zurück? Frank-Walter Steinmeier atmet einmal kräftig durch, dann verurteilt er in den bekannten Worten die Annexion der Krim durch Russland als Völkerrechtsverletzung, fügt aber im gleichen Atemzug hinzu: „Ich kann nicht versprechen, dass dieser Konflikt kurzfristig zu lösen ist. Die Standpunkte beider Seiten liegen weit auseinander.“ Aus dem Diplomaten-tisch übersetzt heißt das, dass der Westen sich mit der Einverleibung der Krim durch Russland mehr oder weniger zähneknirschend abgefunden hat, dass man es bei Protesten und Sanktionen belassen wird. Im Vordergrund aller Bemühungen steht jetzt die Frage, ob Russland an den Grenzen der Ukraine Stopp machen wird oder ob die Destabilisierung der Ukraine, begleitet von militärischen Machtdemonstrationen an den Grenzen, fortgesetzt wird.

„Kleine Signale der Deeskalation“, kann Frank-Walter Steinmeier immerhin in der Krisenregion ausmachen. 100 Beobachter der OSZE sind in der Ost- und Süd-Ukraine unterwegs, um über Aktivitäten der russischen

Armee zu berichten, es gibt bislang unbestätigte Nachrichten, dass die russische Armee ein Bataillon zurückgezogen hat. Jetzt wollen sich die drei Außenminister bemühen, Russland und die Ukraine an einen Tisch zu bekommen. Den internationalen Rahmen dafür sind sie bereit zu organisieren. Außerdem will die EU der Ukraine unter die Arme greifen. Eine Gruppe deutscher Staatssekretäre sondiert derzeit in Kiew die Möglichkeiten der Zusammenarbeit, Polen berät die ukrainische Regierung bei Fragen der Dezentralisierung.

Bleibt die militärische Seite der Krise. Die osteuropäischen Länder haben im Vorfeld der Nato-Tagung signalisiert, dass sie sich eine Verstärkung des militärischen Engagements wünschen und vorstellen können. Steinmeier, das macht er in Weimar deutlich, plädiert in dieser Frage für eine Politik der Zurückhaltung. Auf der einen Seite müsse man „Signale der notwendigen Solidarität“ an die Staaten senden, die sich bedroht fühlen, sagt er. „Sie müssen fühlen, dass sie sich der Nato-Solidarität sicher sein können.“ Auf der anderen Seite ist er dagegen, in der aktuellen Situation die Außen- und Sicherheitspolitik Europas voneinander zu trennen. Auch die Nato solle eingepasst werden in alle Versuche, den Konflikt zu entschärfen.

Die Sorge um ein expansives Russland treibt vor allem die Polen um. Das machen die polnischen Journalisten, die in großer Zahl nach Weimar gekom-

men sind, in Gesprächen am Rande der Konferenz immer wieder deutlich. Und auch Polens Außenminister Radek Sikorski lässt keinen Zweifel daran, dass er sich eine Erhöhung der militärischen Präsenz des Bündnisses auch in seinem Land wünscht. Bisher ist die Nato nicht mit Truppen anderer Bündnispartner in den Ländern Osteuropas präsent. „Zwei schwere Brigaden der Nato in unserem Land würden uns freuen“, übt sich Sikorski nicht in Zurückhaltung. Zu einer Brigade zählen bis zu 5000 Soldaten. Bisher besteht in der Nato nur Einigkeit darüber, die Luftraumüberwachung über dem Baltikum zu verstärken.

Steinmeier, das macht er immer wieder deutlich, setzt eher auf Gespräche und warnt vor einer Spirale der Eskalation. Auch „einen Weg zur Nato-Mitgliedschaft der Ukraine sehe ich nicht“, sagt er in Weimar.

Weimar ist für die drei Außenminister eine Zwischenstation – aber eine wichtige. Hier unterstreichen sie noch einmal, dass aus der vor 23 Jahren begonnene Zusammenarbeit echte Freundschaft geworden ist.

„Wir können uns aufeinander verlassen“, sagt ein polnisches Delegationsmitglied äußerst zufrieden. Das „Weimarer Dreieck“ ist ein stabiler Pfeiler der europäischen Außenpolitik. Das haben die drei hier am Gründungsort deutlich gemacht. Die Krisendiplomatie geht weiter. Im Eiltempo ging es zum Erfurter Flughafen. Dort wartete der Flieger zur Nato.

Land muss EU-Gelder abschreiben

■ Von Knut Pries

Brüssel/Erfurt. Thüringen muss sich auf den endgültigen Verlust von gut 80 Millionen Euro europäischer Fördergelder einstellen. Das Geld war 2003 im Rahmen der europäischen Mitfinanzierung eines Programms zugunsten mittelständischer Unternehmen geflossen, später jedoch unter Berufung auf Unregelmäßigkeiten bei der Abwicklung von der EU-Kommission zurückgefordert worden. Die Aussichten, diese Brüsseler Entscheidung vor Gericht zu kippen, sind nunmehr sehr gering.

Der Fall ist vor der EU-Berufungsinstanz, dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg, anhängig. Dort hat Deutschland Revision gegen ein Urteil erster Instanz eingelegt, wonach die Mittel-Kürzung durch die Kommission in Ordnung ist. So sieht es nun auch EuGH-Generalanwalt Pedro Cruz Villalon, dessen Schlussantrag den endgültigen Spruch vorbereitet.

Nach Ansicht des Generalanwalts ist die Einbehaltung eines knappen Viertels der ursprünglich genehmigten Summe (337 Millionen) angesichts der festgestellten Fehler in der zuständigen Verwaltung – das Erfurter Wirtschaftsministerium – gerechtfertigt. Sie waren durch eine Prüfung des europäischen Rechnungshofs ans Licht gekommen. Auch die Berechnung der Höhe der Rückforderung durch die Kommission sei sachgerecht. Dieselbe Empfehlung sprach Cruz Villalon für einen parallelen Fall aus, der Fördergelder für das Land Berlin betrifft. Dabei geht es um knapp 13 Millionen Euro.

Die Urteilempfehlung des Generalanwalts bindet das Gericht nicht. In der Regel folgt es jedoch dem Gutachter.

Taubert: Kein Geld mehr an Kali und Salz

Erfurt. (mar) Die Einstellung der Zahlungen Thüringens an den Düngemittelhersteller Kali und Salz hat SPD-Spitzenkandidatin Heike Taubert verlangt. Grund ist die Weigerung von K + S, sich zu den aufgetauchten Kopien des Kali-Fusionsvertrages zu positionieren. Taubert sieht die Geschäftsgrundlage mit Kali+Salz in Frage gestellt, wenn die vorliegenden und von der TLZ im Internet veröffentlichten Kopien authentisch seien. Die Zahlungen an den Konzern müssten bis zur Offenlegung des Vertrages und der Freigabe der damit zusammenhängenden Dokumente ausgesetzt werden. Den Bund forderte sie auf, die Altlastenfinanzierung neu zu verhandeln. Berlin müsse Klarheit darüber schaffen, inwieweit das Land bei dem Vertragsabschluss über die Altlastenfinanzierung im Unklaren über die Inhalte des Kali-Fusionsvertrages war, unterstrich sie ihre Forderung nach Transparenz.

„Von Antifa bis Rotarier“

Nach Dokumentation über Neonazis jetzt Vernetzung

Weimar/Gera. (ger) In Weimar begann vor zwei Jahren die Filmtour von „Blut muss fließen“, einer Dokumentation über Neonazis, ihre Musik und ihre internationalen Strukturen. Dabei wird auch das Augenmerk auf Gera gelenkt, wo Neonazis mit Musik Sympathisanten gewinnen wollen. Jetzt veranstaltet Filmfaktum in Weimar ein Vernetzungstreffen.

In der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte werden sich von Freitag, 4., bis Sonntag, 6. April, vor allem Mitglieder von ehrenamtlichen Initiativen gegen Rechtsextremismus zusammenfinden. Es sollen neue Wege und Strategien entwickelt werden, um die Politik zu kompensieren. Handelt es sich um Neonazis, so die Vertreter von Filmfaktum.



Beim Vernetzungstreffen in Weimar: Peter Ohlendorf, der Filmmacher von „Blut muss fließen“. Foto: Sabine Brandt

Mit dabei: Peter Ohlendorf, der Regisseur von „Blut muss fließen“. Per Skype wird Thomas Kuban, der undercover in der Neonazi-Szene lange Jahre recherchiert hat, am ersten Abend

zugeschaltet sein. Zudem stellen sich am Freitagabend noch zwei mutige Initiativen vor: der haeckelclub590 Hamm und das Fürstentfeldbrucker Bündnis.

Der Samstag ist vor allem den Arbeitsgruppen vorbehalten, die sich mit Neonazismus in der Stadt und auf dem Land, Organisation des Widerstands, Musik und Lebenswelt Demokratie beschäftigen. Die Ergebnisse werden am Sonntag vorgestellt.

Peter Ohlendorf, der „Blut muss fließen“ mittlerweile in ganz Deutschland und darüber hinaus präsentiert hat, erklärt: „Unser Publikum reicht von der Antifa bis zu den Rotariern. Das ist ein ziemlich breites gesellschaftliches Spektrum, das wir mit unserem Film erreichen.“